

# E-11

**Titel** Für eine friedlichere und gerechtere Welt

**AntragstellerInnen** Mannheim

**Zur Weiterleitung an** Bundestagsfraktion, Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## 1 Internationale Beziehungen

### 2 Verantwortung für Frieden im Nahen Osten

3 Die Lage im Nahen Osten verschärft sich bedrohlich, insbesondere die zunehmenden Spannungen zwischen  
4 Israel und Iran bereiten uns Sorgen. Die Deutsche Diplomatie muss gemeinsam mit den internationalen Part-  
5 nern engagiert an einer Entspannung des Konflikts mitwirken. Wir sind der Überzeugung, dass das Atomab-  
6 kommen mit Iran (JCPOA) die Situation vor Ort stabilisiert und eine Aufkündigung des Abkommens schwerwie-  
7 gende Folgen für die gesamte Region des Nahen Ostens hätte. Die Forderung Frankreichs, Verhandlungen über  
8 eine Einschränkung von Irans Raketenprogramm zu beginnen, unterstützen wir ausdrücklich. Deshalb fordern  
9 wir, dass Deutschland zusammen mit Frankreich auf die Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit Iran  
10 hinwirkt. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Forderung, keine Waffen an Länder zu liefern, die in den  
11 Jemen-Krieg involviert sind unterstützen wir ausdrücklich und fordern deren ausdrückliche Einhaltung. Die  
12 Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind essentiell wichtig, gerade auch aufgrund des großen  
13 Anteils türkischstämmiger Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Wir fordern, dass weiterhin mit Hoch-  
14 druck an einer Entspannung im Verhältnis zwischen den beiden Ländern gearbeitet wird. Dennoch bleibt die  
15 menschenrechtliche und demokratische Situation in der Türkei besorgniserregend. Der türkischen Regierung  
16 muss weiterhin deutlich signalisiert werden: Solange die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei durch die türkische  
17 Regierung nicht gewährleistet ist, ist eine weitere Entspannung der gegenseitigen Beziehung nicht möglich.  
18 Rüstungsausfuhren und Kooperationen in Rüstungsproduktion sind für uns an die gesamtgesellschaftliche  
19 Situation in der Türkei gebunden und in diesem Licht zu evaluieren. Unter den aktuellen Bedingungen  
20 innerhalb der Türkei, aber auch im Blick auf die "Operation Olivenzweig" in Afrin, fordern wir Rüstungsaus-  
21 fuhren and die Türkei auszusetzen. Die Verlegung der US-Botschaft von Tel-Aviv nach Jerusalem durch die  
22 TrumpAdministration halten wir für eine gefährliche Erschwerung einer Zwei-Staaten-Lösung und lehnen sie  
23 deshalb ab. Der Status Jerusalem kann erst am Ende eines Friedensprozesses geklärt werden. Ein stetes Wie-  
24 derholen des Mantras einer Zwei-Staaten-Lösung ist aber nicht zielführend, wenn keine Gespräche stattfinden.  
25 Gerade unter den veränderten Rahmenbedingungen im Nahen Osten ist es essentiell, dass Friedensgespräche  
26 stattfinden. Wir fordern deshalb, dass ein breites Bündnis aus EU-Staaten, unter einer Initiative Deutschlands  
27 und Frankreichs, ein neues Gesprächsformat für Friedensverhandlungen im Nahostkonflikt etablieren und  
28 dieses moderieren. Es muss alles versucht werden, unter Teilnahme aller am Konflikt beteiligten, dieses For-  
29 mat möglichst dauerhaft zu etablieren. Der Nukleardeal mit dem Iran zeigt, dass festgefahrene Fronten durch  
30 lange und schmerzhaft Verhandlungen, mit der nötigen Zeit und Hingabe zu einer Einigung gelangen können.  
31 Deutschland steht hier in der Verantwortung, diesen Prozess mit aller Kraft voranzutreiben.

### 32 Deutsch-russische Beziehungen

33 Russland ist und war schon immer ein wichtiger Handelspartner für Deutschland. Diese Handelsbeziehungen  
34 sollen weiter gepflegt werden, dies gelingt jedoch nur, wenn beide Partner kooperieren. Nach dem Vorbild  
35 Willy Brandts wollen wir wieder eine Entspannungspolitik führen, um das Entstehen eines weiteren Rüstungs-  
36 wettlaufs zu verhindern. Jedoch können die Menschenrechtsmissachtungen wie die Inhaftierung von Homose-

37 xuellen und die Einschränkung der Pressefreiheit in Russland ebenso wenig ignoriert werden wie die Annexion  
38 der ukrainischen Halbinsel Krim, welche unter Gewalt und gegen den Willen der Bürger geschah. Genau wie  
39 Russland sind auch viele europäische Länder von den Öl-Sanktionen durch die Vereinigten Staaten Amerikas  
40 betroffen, weshalb eine Lösung der Krim-Krise sowohl für Russland als Exporteur als auch für die Europäische  
41 Union als Importeur von Vorteil wäre. Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen und damit die Wiederaufnah-  
42 me der guten Handelsbeziehungen kann jedoch nur geschehen, wenn die oben genannten Punkte von der  
43 russischen Regierung in Angriff genommen werden. Zudem kann eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen  
44 nur angegangen werden, wenn die russischen Aggressionen in Osteuropa und in Syrien aufhören. Insbeson-  
45 dere der potentielle russische Unterstützung vom Einsatz von Giftgas muss rigoros untersucht werden und  
46 bei Bestätigung deutlich sanktioniert werden. Auch kulturelle Annäherungen tragen zu einem verbesserten  
47 Verhältnis bei, weshalb Annäherungsprogramme, bei denen die jeweils andere Kultur kennengelernt wird, es-  
48 sentiell sind. Um sowohl das Demokratieverständnis russischer Jugendlicher zu stärken als auch um unseren  
49 eigenen Horizont zu erweitern, sollen Austauschprogramme staatlich gefördert werden. Austauschprogram-  
50 me beeinflussen das internationale Verständnis der Partizipanten maßgeblich und tragen zur Annäherung der  
51 Nationen bei.

## 52 Deutsch-französische Zusammenarbeit

53 Mit der Wahl des französischen Präsidenten Macron, besitzt Frankreich ein neues außenpolitisches Selbst-  
54 bewusstsein. Dies äußert sich nicht zuletzt in zahlreichen Bestrebungen und Initiativen, von einer Wiederbe-  
55 lebung der Gespräche um eine ZweiStaaten-Lösung im Nahostkonflikt bis hin zu Macrons Reformideen für  
56 die europäische Union. Deutschland muss all diese Ideen dediziert prüfen und gemeinsam mit Frankreich  
57 an der Umsetzung jener Initiativen arbeiten, die im gemeinsamen Sinne sind und somit die Verbindung zu  
58 Frankreich außenpolitisch stärken. Dies geht jedoch nur in enger Zusammenarbeit und im Idealfall komplett  
59 eingebunden mit unseren Partnern in der Europäischen Union. Nichtdestotrotz sollte auch außenpolitisch die  
60 deutsch-französische Zusammenarbeit gestärkt werden und dazu entsprechende Maßnahmen, wie z.B. die  
61 Zusammenlegung von Botschaften oder die Benennung von gemeinsamen Sonderbeauftragten im Ausland  
62 gründlich diskutiert und in Erwägung gezogen werden. Wir glauben, dass Deutschland und Frankreich ein au-  
63 ßenpolitischer Triebmotor sein kann, der auch eingebunden in der EU außenpolitische Prozesse ganz bewusst  
64 beeinflussen kann. Wir fordern daher die Gründung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle für deutsch-  
65 französische Außenpolitik. Ziel muss es sein, dass diese Koordinierungsstelle unter der Zusammenkunft Re-  
66 gierungsvertreter und aber auch Parlamentarier beider Länder, deutsch-französische Außenpolitik koordiniert  
67 und langfristige Prozesse plant und koordiniert. Nur durch sorgfältige Koordination, Planung und enge Zusam-  
68 menarbeit kann ein langfristiges außenpolitisches Engagement in schwierigen Bereichen erfolgversprechend  
69 sein Nach jahrhundertelanger Feindschaft ist Frankreich heute unser engster Partner. Fundament und Kern  
70 dieser Freundschaft ist der Élysée-Vertrag, welcher dieses Jahr sein 55-jähriges Jubiläum feiert. Wir unterstüt-  
71 zen den Vorstoß des deutschen Bundestages und der französischen Nationalversammlung gemeinsam den  
72 Élysée-Vertrag zu erneuern und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter zu vertiefen. Insbeson-  
73 dere begrüßen wir die Bestrebung der gemeinsam erlassenen Resolution, die Rolle der beiden Parlamente  
74 bei der Zusammenarbeit in den Fokus zu rücken. Einer bereits engen Zusammenarbeit der Exekutivorgane  
75 Deutschlands und Frankreichs muss eine starke Zusammenarbeit der Parlamente folgen. Diese sind die di-  
76 rekten Vertreter des Volkes und somit entscheidend, nicht nur für die politische Zusammenarbeit, sondern  
77 insbesondere auch der Stärkung des Zusammenhalts und der Freundschaft zwischen den Zivilgesellschaften  
78 zu fördern. Mit seiner wegweisenden Rede an der Sorbonne hat der französische Staatspräsident Macron der  
79 Debatte um die Zukunft der EU eine neue Dynamik gegeben und selbst zahlreiche Vorschläge zur europäischen  
80 Integration unterbreitet. Insbesondere in Zeiten des aufkeimenden Rechtspopulismus und erstarkender Na-  
81 tionalstaatsromantik, darf Deutschland keine Statistenrolle in der Diskussion um Europas Zukunft einnehmen  
82 und muss gemeinsam mit Frankreich für eine Reform der EU kämpfen. So unterstützen wir auch den Vor-  
83 schlag Macrons, einen Finanzminister für die Eurozone aufzustellen, der über angemessene Instrumente zur  
84 Ausübung seines Amtes verfügt. Wir verlangen jedoch, dass die Besetzung dieses Postens nur durch ange-  
85 messene und demokratische Prozesse stattfinden darf. Nur durch eine ausreichende Legitimierung, kann der  
86 Finanzminister sein Amt auch gebührend ausüben. Insbesondere wir als Sozialdemokratinnen und Sozialde-  
87 mokraten tragen die Verantwortung, der Verbindung von Deutschland und Frankreich innerhalb der EU eine  
88 gemeinsame Stimme zu geben und Reformen umzusetzen, um die Europäische Union aus ihrem Krisenmodus  
89 herauszuholen und ganz entsprechend der Methode Monnet für die Zukunft zu wappnen und weiterzuentwi-  
90 ckeln.

## 91 Beziehungen zu China

92 Spätestens mit dem machtpolitischen Vakuum, welches durch den außenpolitischen Rückzug der USA – insbe-  
93 sondere durch die Trump-Administration – hervorgerufen wurde, ist China auf dem Weg zu einer Weltmacht,  
94 welche diesen Anspruch mit massiven geopolitischen Initiativen wie der Belt-Road-Initiative (BRI) oder mas-  
95 siven Investitionen in afrikanische Länder untermauert. Die Europäische Union darf China an diesem Punkt  
96 jedoch nicht das Feld überlassen und muss seine Werte und Vorstellungen auch über die EU-Grenzen hinaus  
97 vertreten. Deutschland soll deswegen zusammen mit unseren europäischen Partnern ein außenpolitisches  
98 Konzept entwickeln, wie die EU mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Koope-  
99 rationen eine gezielte gemeinsame außenpolitische Strategie der Europäischen Union im 21. Jahrhundert ver-  
100 wirklichen kann, auch um die eigenen geopolitischen Interessen adäquat zu vertreten. Die Überlegungen be-  
101 züglich eines „Marshall-Plans“ für Afrika können hier ein wichtiger Baustein sein. Nichtsdestotrotz ist China  
102 ungebremst auf dem Weg zu einer Weltmacht und die BRI wird langfristig eine entscheidende Rolle in Pekings  
103 Außenpolitik spielen. Deutschland und die EU dürfen dem nicht gleichgültig gegenüberstehen. Deshalb for-  
104 dern wir im Auswärtigen Amt die Schaffung eines Beauftragten für die Belt-Road-Initiative, in der Vertreter  
105 aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sich mit der BRI auseinandersetzen und auch eruieren, wie eine Zu-  
106 sammenarbeit Deutschlands und der EU aussehen könnte, damit unsere Werte und Vorstellungen, die sich  
107 an humanistischen Leitlinien orientieren müssen, in dieses Projekt miteinfließen. OSZE Die Zusammenarbeit  
108 über Staatsgrenzen hinaus ist gerade in der heutigen Zeit zur Friedenssicherung unabkömmlich. Die OSZE  
109 muss wieder an Bedeutung gewinnen, was durch regelmäßige Gipfeltreffen auf Ministerebene, wie es sie seit  
110 2015 wieder gibt, geschehen kann. In der Ukraine-Krise hat sich die OSZE als guter Vermittlungspartner bewie-  
111 sen, diese Rolle muss sie auch bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen Osten und Westen einnehmen.  
112 Die 2016 von Deutschland eingeführte konventionelle Rüstungskontrolle und das Konzept der wirtschaftlichen  
113 Konnektivität müssen stärker verankert werden und die Zukunft der OSZE bestimmen. Eine digitalisierte Welt  
114 fordert auch Maßnahmen zur Cyber-Sicherheit, welche in Zukunft immer wichtiger werden. Allgemein muss  
115 der Dialog und der Austausch wieder mehr gefördert werden, damit aktuelle Probleme wie die Bekämpfung  
116 von Extremismus und Terrorismus von allen Mitgliedsstaaten schnell gemeinsam angegangen werden kann.  
117 Vereinte Nationen Deutschland muss aktiv darauf hinwirken, die Rolle der Vereinten Nationen zur öffentli-  
118 chen Konfliktbekämpfung wieder zu stärken. Wir begrüßen deshalb, dass Deutschland die Übernahme eines  
119 nicht-ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat anstrebt und auch die Einrichtung eines ständigen Sitzes für die  
120 die Europäische Union unterstützt. Gerade nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU muss letzteres  
121 zusammen mit unseren europäischen Partnern energisch und mit Nachdruck vorangetrieben werden. Zusätz-  
122 lich müssen Überlegungen zur Restrukturierung der festgefahrenen Strukturen angestellt werden, auch wenn  
123 deren Umsetzung schwierig sein dürfte.

## 124 Entwicklungszusammenarbeit

125 Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt muss sich die Europäische Union heute und in Zukunft ihrer  
126 Verantwortung in der Welt noch stärker bewusst werden. Deutschland und Frankreich müssen diesen Prozess  
127 von innen heraus antreiben, um die Möglichkeiten der europäischen Entwicklungszusammenarbeit endlich ef-  
128 fektiv zu entfalten. Ein Leben, das nicht bedroht wird durch Hunger, Krankheit oder Krieg ist weiterhin in vielen  
129 Teilen der Welt keine Selbstverständlichkeit. Mit aller Kraft müssen wir diese Zustände gemeinsam bekämp-  
130 fen!

### 131 Entwicklungspolitik als Mittel der europäischen Integration

132 Die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union orientiert sich an den Zielen der Agenda 2030. Um  
133 zu ermöglichen, dass diese ehrgeizigen 17 Entwicklungsziele auch erreicht werden, müssen die bisherigen Be-  
134 mühungen deutlich intensiviert werden. Die Kürzungen bei den Entwicklungsausgaben des EU-Haushaltes für  
135 das Jahr 2018 kritisieren wir in diesem Zusammenhang scharf. Eine Vereinheitlichung der Entwicklungspolitik  
136 der Mitgliedstaaten würde einen effizienteren Einsatz und eine deutliche Steigerung der Mittel bedeuten und  
137 die Lage in den Entwicklungsländern deutliche verbessern. Dabei sollen alle Mitgliedsstaaten zu einem sepa-  
138 raten Entwicklungshaushalt einzahlen, der der gemeinsamen Kontrolle der Mitgliedsstaaten untersteht. Dazu  
139 fordern wir die Schaffung einer Beauftragung für Entwicklungspolitik der EU. Dieser Vertreter soll die Mit-  
140 gliedsstaaten beim Abschluss von entwicklungspolitischen Vereinbarungen nach außen vertreten. Dadurch  
141 werden die häufig bilateralen Abschlüsse der Mitgliedstaaten ersetzt und die bereitgestellten Mittel effektiver

142 verteilt. Der Beauftragte soll des Weiteren die Schwerpunkte der Entwicklungspolitik in den kommenden Jah-  
143 ren festlegen. Darüber hinaus soll er bei sämtlichen Verhandlungen der EU zu neuen Freihandelsabkommen  
144 mit Entwicklungsländern beteiligt werden und ein Vetorecht besitzen. Die Kompetenzen werden somit deut-  
145 lich weitreichender angelegt werden, als die der Außenbeauftragten. Dadurch soll dafür gesorgt werden, dass  
146 Handelsverträge immer unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit abgeschlossen werden. Das Bekenntnis  
147 im aktuellen Koalitionsvertrag über die Prüfung des EPA-Abkommens mit Afrika begrüßen wir.

148 Handelspolitik fair gestalten!

149 Beim Abschluss von Freihandelsverträgen mit Entwicklungsländern, muss die soziale Verträglichkeit für die  
150 Vertragspartner mindestens den gleichen Stellenwert wie der ökonomische Nutzen besitzen. Das Vetorecht ei-  
151 nes Beauftragten für Entwicklungspolitik ist nur ein erster Beitrag zur gerechteren Gestaltung dieser Verträge.  
152 Den Verhandlungspartnern muss es daneben möglich sein, Industrien, die von unabhängiger Seite als lang-  
153 fristig profitabel eingestuft werden, mit besonderen Schutzmechanismen zu versehen, die die Verdrängung  
154 durch billigere europäische Produkte verhindert. Dieser Schutzmechanismus soll in regelmäßigen Abständen  
155 von einem unabhängigen Rat überprüft werden, um den Schutz von langfristig ineffizienten Industrien aus den  
156 Entwicklungsländern zu verhindern. Insbesondere der Export von Agrarprodukten aus Europa darf in diesem  
157 Zusammenhang nur stark eingeschränkt möglich sein. Die Forderung nach einer proportionalen Erhöhung  
158 des EU-Haushaltes aus dem aktuellen Koalitionsvertrag kritisieren wir dahingehend, dass dadurch die enor-  
159 men Agrarsubventionen erhöht werden. Gerade Großbetriebe profitieren von der aktuellen Subventionierung  
160 überproportional, während vor allem kleine und mittlere Betriebe in Europa sowie landwirtschaftliche Betriebe  
161 in Entwicklungsländern unter dem Überangebot an Agrarprodukten leiden. Langfristig muss die Europäische  
162 Union die Abschaffung dieser Subventionen verfolgen. Um auch langfristige Investitionen in Entwicklungslän-  
163 dern zu stärken, fordern wir die Schaffung einer europäischen Investitionsgarantie nach Vorbild der deutschen  
164 Hermesdeckungen. Die Konditionen der Deckungen sollen dabei individuell mit Partnern ausgehandelt wer-  
165 den und insbesondere an Voraussetzungen der Weiterentwicklung von staatlichen Institutionen und der Ver-  
166 besserung der sozialen Rahmenbedingungen von Arbeit geknüpft sein. Um verstärkt auch Unternehmen in die  
167 Pflicht zu nehmen, soll die SPD sich für die Einführung eines europäischen Siegels für Produkte stark machen,  
168 die unter Einhaltung internationaler Sozial- und Ökologiestandards produziert wurden. Unternehmen sollen  
169 dadurch zu einer stärkeren Überprüfung ihrer Lieferketten angehalten werden.

170 Internationale Verpflichtungen einhalten!

171 Zusammengerechnet ist die Europäische Union bereits heute der weltweit größte Geldgeber für die Entwick-  
172 lungszusammenarbeit mit 75,5 Milliarden Euro im Jahr 2016. Diese Summe entsprach dabei jedoch nur einem  
173 Anteil von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten. Deutschland lag nur geringfügig über  
174 diesem Wert und verfehlte somit erneut das Uno-Ziel, das Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Hö-  
175 he von 0,7 Prozent des BIPs vorsieht. Eine gemeinsame Roadmap für alle Mitgliedstaaten ist hier nötig, um  
176 mittelfristig die Erreichung des Zieles zu sichern. Das Lippenbekenntnis zu diesem Wert aus dem Koalitions-  
177 vertrag ohne Nennung eines Termins, bis wann das Ziel erreicht werden muss, lehnen wir ab. Darüber hinaus  
178 kritisieren wir die zunehmende Vermischung von Entwicklungspolitik mit der Unterstützung von Entwicklun-  
179 gsländern im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Die vollzogene Änderung des Instrumentes für Stabilität und  
180 Frieden (ISP), das zur Krisenvorsorge und Bekämpfung von Armut geschaffen wurde, muss zurückgenommen  
181 werden. Eine Finanzierung von Militär und Sicherheitskräften über das Instrument der Entwicklungshilfe darf  
182 es nicht geben! Die Auswirkungen des Klimawandels treffen Entwicklungsländer ungleich stärker als die größ-  
183 ten Emittenten, die die Industriestaaten darstellen. Die Erreichung der Klimaziele des Pariser Abkommens  
184 sind müssen somit immer auch unter einem entwicklungspolitischen Aspekt betrachtet werden. Die Hilfen für  
185 Entwicklungsländer, die im Pariser Abkommen zur Erreichung der Klimaziele vorgesehen wurden sind nötig,  
186 aber müssen fortlaufend überprüft und bei Bedarf aufgestockt werden Die unkonkreten Forderungen und  
187 Maßnahmen des Koalitionsvertrages mit der Abkehr vom Klimaziel 2020 greifen hier deutlich zu kurz.

188 Bewusstsein stärken!

189 Das Programm „Weltwärts“ ist ein wichtiges Mittel, um das Bewusstsein für Entwicklungszusammenarbeit  
190 in der Gesellschaft auszubauen. Die Mittel für dieses und ähnliche Projekte müssen erhöht werden, um  
191 mehr Jugendliche mit einer größeren Aufklärung für das Projekt zu gewinnen. Dazu muss die Vor- und  
192 Nachbereitung, sowie die Betreuung der Projekte ausgebaut werden, um sicherzustellen, dass das Projekt  
193 zu einer Verbesserung der Lage in den Partnerregionen führt. Die Kritik, dass das Programm zu wenig zur

- 194 Verbesserung der Lage vor Ort beiträgt, muss ernst genommen werden!  
195  
196 **Begründung**  
197 erfolgt mündlich